

Fachtag „Nimm du ihn, ich hab ihn sicher“ – Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes auf die Schnittstellenproblematik der Angebote gemäß §67 und §53 SGB XII

Berlin, 19.06.2017

Ergebnisse aus der Zukunftswerkstatt

„Wenn Sie an die Schnittstelle der Hilfen denken: was sind die größten Hindernisse einer angemessenen Versorgung von wohnungslosen Menschen mit einer Sucht- oder psychischen Erkrankung?“

- | |
|--|
| ▪ Zuständigkeitsklärung und dadurch bedingter Zeitverlust |
| ▪ Das Antragsverfahren in der Eingliederungshilfe ist nicht niedrighschwellig |
| ▪ Keine längerfristigen Hilfen im 67er |
| ▪ Personalmangel in der öffentlichen Verwaltung (beim SPD, beim Fallmanagement...) |
| ▪ Fachkräftemangel bei den Trägern |
| ▪ Mangel an Trägerwohnungen |
| ▪ Wohnungsmarkt |
| ▪ Mitwirkung und Krankheitseinsicht bei den Nutzer*innen an der Schnittstelle |
| ▪ Die vorhandenen niedrighschwelligen Möglichkeiten werden wenig genutzt |

„Stellen Sie sich vor: Wir sind im Jahr 2030. Sie sind noch in Ihrer Organisation tätig, sitzen mit Ihrem Team zusammen und erinnern sich zurück an diesen Fachtag und die Schwierigkeiten, über die wir damals gesprochen haben.

Und heute? Die Versorgung der Nutzer*innen an der Schnittstelle hat sich optimal entwickelt! Alles läuft noch viel besser, als Sie es sich jemals hätten vorstellen können.

Wie sähe das aus?“

Kooperation und Vernetzung

- Leistungserbringer und Leistungsträger arbeiten unter einem Dach, es gibt ein wohlwollendes Miteinander in der Zusammenarbeit
- Kooperation mit den Job-Centern (Übernahme der Mietschulden)
- Kooperation mit Wohnbaugesellschaften → 20% der Neubauwohnungen für Menschen in Wohnungsnot und Träger

Antragsverfahren / Niedrigschwelligkeit der Hilfen / Bewilligungspraxis

- Ein Kostenträger für alle Hilfen
- Keine Einkommensprüfung der Nutzer*innen im Bereich der Wohnungslosenhilfe
- Es ist ausreichend Zeit vorhanden für die Antragstellung bzw. ein Clearing vorab
- Längere Kostenübernahmen; mehr Zeit, um das Tempo der Nutzer*innen mit gehen zu können
- Kurze Berichte
- Mit den Menschen sofort arbeiten können, ohne Zuständigkeitsklärung und ohne Antragstellung

Die Situation in den Berliner Behörden

- Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst, um dem Personalmangel etwas entgegenzusetzen
- Einheitliches Vorgehen in der Zusammenarbeit mit den Bezirksämtern und zwischen den Bezirken → Z.B. auch e-Akte
- Die Bezirkszugehörigkeit spielt bei der Bewilligung der Hilfen keine Rolle mehr

Zentralisierung der Hilfen / Aufhebung der Versäulung / Erbringung der Hilfen

- Es gibt eine Anlaufstelle (im Kiez, im Bezirk, in der Region), die für alle offen ist; Hilfen werden zentral angeboten
- Kiez- oder Stadtteilbüros und Beratungsräume für Alle
- Multiprofessionelles Arbeiten, aufsuchendes Arbeiten
- Es gibt flexible Hilfen, die am Bedarf orientiert sind und z.B. in Form von „Modulen“ in Anspruch genommen werden können
- Housing First

Politische und gesellschaftliche Situation

- Bedingungsloses Grundeinkommen für Alle (für Nutzer*innen und Fachkräfte)
- Klient*innen haben weniger existenzielle Sorgen und mehr Geld zur Verfügung
- Stärkung des geschützten Marktsegments
- Entstigmatisierung: Beratung und Therapie wird Coaching
- Gesellschaftliche Akzeptanz von Krankheit
- Gesellschaftliche Freude am Helfen

Wenn Sie sich Ihre Utopien anschauen:

Welche kleinen ersten Schritte könnten Sie unternehmen, um sich der Utopie ein wenig zu nähern?

Was bräuchten Sie dafür?

Wer könnte Sie dabei unterstützen? Welche Kooperationspartner könnten hilfreich sein?

Kooperation und Vernetzung

- Kontaktpflege, persönlicher Austausch / Netzwerkarbeit / aktiv in Gremien sein / vertrauensvolle, langjährige Kooperationen pflegen
- Bessere Vernetzung der Träger untereinander
- Enge Kooperation zwischen Leistungserbringer und Leistungsträger
- Bereichsübergreifende Kooperationen schließen: Gemeindepsychiatrische Verbände, Suchtkrankenhilfe, Beschäftigungsträger / Sozial- und Gesundheitsbehörde
- Teilnahme von Trägern der Wohnungsnotfallhilfe an den PSAG

Berliner Behörden

- Einheitliche Erreichbarkeit der Ämter in den Berliner Bezirken
- Prozesse der Überleitung klar definieren und transparent machen

Politische Arbeit

- Auf die Straße gehen / Öffentlichkeit gewinnen
- Öffentliche Diskurse anschieben: Verwaltung / Träger / Betroffene

- Modellprojekte entwickeln und durchführen
- Stärkere Nutzung digitaler Medien, z.B. Entwicklung von Apps für Nutzer*innen